LANDTAG DES SAARLANDES
17. Wahlperiode

Drucksache 17/1863
06.11.2025

A N T R A G

der CDU-Landtagsfraktion

betr.: Unternehmensnachfolge sichern – Arbeitsplätze erhalten, Mittelstand stärken

Der Landtag wolle beschließen:

Die Sicherung der Unternehmensnachfolge im saarländischen Mittelstand ist eine der zentralen wirtschaftspolitischen Herausforderungen der kommenden Jahre. Eine aktuelle Untersuchung der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes (htw saar) mit dem Titel „KMU-Studie 2024 – Unternehmensnachfolge im Saarland" zeigt, dass die altersbedingte Unternehmensnachfolge im Saarland zunehmend ins Stocken gerät. Die Studie weist darauf hin, dass in den nächsten Jahren bis zu 5.000 Arbeitsplätze im Saarland verloren gehen könnten, wenn Nachfolgen scheitern.

Besonderer Handlungsbedarf besteht im Handwerk. Viele Betriebe finden keine geeigneten Nachfolgerinnen oder Nachfolger. Umso dringlicher ist es, Strategien zu entwickeln, die wieder mehr junge Menschen mit handwerklichem bzw. technischem Hintergrund dafür begeistern, Verantwortung in Form unternehmerischer Tätigkeit zu übernehmen. Eine Begleitung und Förderung würde diese Bereitschaft sicherlich erhöhen. Um diese Ziele schnellstmöglich zu erreichen, bedarf es kurzfristig eines politisch unterstützten und öffentlich sichtbaren Schwerpunktes zur Förderung von Unternehmensübergaben, so dass der Fachkräftebedarf im saarländischen Mittelstand dauerhaft gesichert werden kann.

Die Lage ist ernst: Das Saarland lag im Jahr 2024 sowohl beim Bruttoinlandsprodukt als auch bei der Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung im bundesweiten Vergleich auf dem letzten Platz. Diese Schwäche wird durch aktuelle Wirtschaftsdaten weiter untermauert: Der DATEV-Mittelstandsindex vom Oktober 2025 – ein datenbasierter Indikator, der unter anderem die Umsatzsteuer-Voranmeldungen mittelständischer Unternehmen

Ausgegeben: 06.11.2025

auswertet – zeigt, dass die saison- und kalenderbereinigten Umsätze zwar in allen Bundesländern rückläufig sind, mit deutlichem Abstand am stärksten jedoch im Saarland mit einem Minus von 6,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Diese Zahlen verdeutlichen, dass die saarländische Wirtschaft in einer angespannten Phase steht und die Landesregierung es sich nicht leisten kann, den Bereich Unternehmensnachfolge zu vernachlässigen. Eine aktive Nachfolgestrategie ist Voraussetzung, um bestehende wirtschaftliche Strukturen zu sichern und einen weiteren Verlust an Wertschöpfung und Beschäftigung zu verhindern.

Dennoch fehlt bislang eine Landesstrategie zur Sicherung von Nachfolgen. Dabei ist die Fortführung bestehender Unternehmen mit eingespielten Strukturen, erfahrenem Personal und etablierter Kundenbasis volkswirtschaftlich deutlich effektiver und risikoärmer als Neugründungen, die naturgemäß ein statistisch höheres Ausfallrisiko haben. Der Erhalt bestehender Betriebe sichert bewährte Wertschöpfungsketten und stärkt die Stabilität des saarländischen Mittelstands.

Hinzu kommt: Die Unternehmensnachfolge ist ein Prozess, der stark von persönlichem Vertrauen, Diskretion und sensibler Kommunikation geprägt ist. Sie unterscheidet sich damit grundlegend von den klassischen Gründungsaktivitäten. Viele Unternehmerinnen und Unternehmer zögern, sich frühzeitig mit dem Thema auseinanderzusetzen, weil es emotionale, familiäre und finanzielle Dimensionen berührt. Ein erfolgreicher Übergabeprozess erfordert daher spezialisierte Unterstützungsangebote, die den sensiblen Charakter solcher Gespräche berücksichtigen und Vertraulichkeit gewährleisten.

Zugleich werden Nachfolgen durch bürokratische Hürden, unübersichtliche Förderlandschaften und mangelnde Koordination und Kommunikation zwischen Institutionen erschwert. Nur 40 Prozent der geplanten Übergaben erfolgen noch firmenintern, d.h. innerhalb der Familie oder des Betriebs – Tendenz fallend.

Gerade für ein strukturell kleinteiliges Industrieland wie das Saarland ist der Verlust etablierter mittelständischer Betriebe von erheblicher Tragweite. Unternehmensnachfolge bedeutet nicht nur Eigentumswechsel, sondern den Erhalt gewachsener Strukturen, von Arbeitsplätze und regionaler Wertschöpfung. Sie ist damit ein Standort- und Beschäftigungsfaktor ersten Ranges und stärkt die Resilienz unseres Landes.

Die Landesregierung hat bislang keine übergeordnete Strategie oder zentrale Koordination zur Bewältigung der Nachfolgeproblematik vorgelegt. Angesichts der drohenden Folgen für Wirtschaft und Beschäftigung ist entschiedenes Handeln erforderlich.

Die htw saar schlägt in ihrer Studie die Entwicklung eines Innovationsmodells

Unternehmensnachfolge (IMUN) vor, das Leistungen des Übernehmers bonifiziert und die Kaufpreiszahlung reduziert, wenn nach der Übergabe neue Arbeitsplätze geschaffen und zusätzliche Steuereinnahmen erzielt werden. Dieses Modell würde nicht nur den Übergabeprozess erleichtern, sondern perspektivisch ein sich selbst tragendes Fördersystem schaffen, weil ein großer Teil der öffentlichen Förderung durch die generierten volkswirtschaftlichen Mehreinnahmen sowie durch die Vermeidung der bei einem Arbeitsplatzabbau entstehenden Sozialkosten kompensiert werden können. Damit würde ein nachhaltiger Kreislauf aus Förderung, Innovation und Rückfluss öffentlicher Mittel entstehen – ein Ansatz, der ökonomische Vernunft und fiskalische Verantwortung verbindet.

Daher fordert der Landtag des Saarlandes die Landesregierung auf,

- eine Landesstrategie „Unternehmensnachfolge Saarland 2030" vorzulegen, die Ziele, Zuständigkeiten und Maßnahmen klar definiert;

- das von der htw saar vorgeschlagene „Innovationsmodell Unternehmensnachfolge (IMUN)" zu prüfen und bei Eignung in Landesförderstrukturen zu integrieren, um innovative Nachfolger zu bonifizieren und Arbeitsplatzerhalt zu fördern;

- eine nachhaltige Förder- und Unterstützungsstruktur für Unternehmensnachfolgen zu entwickeln, die Nachfolgerinnen und Nachfolger bei Investitionen und Innovationsvorhaben gezielt unterstützt, wobei Fördermittel grundsätzlich erst nach erfolgreicher Übernahme gewährt werden sollen, um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden und die Nachhaltigkeit der Unternehmensfortführung sicherzustellen;

- eine Informations- und Sensibilisierungskampagne zu starten, die frühzeitig auf die Nachfolgethematik aufmerksam macht und potenzielle Nachfolgerinnen und Nachfolger anspricht

- dem Wirtschaftsausschuss bis spätestens 31. März 2026 über den Stand der Maßnahmen zu berichten.

B e g r ü n d u n g :

Erfolgt mündlich.